

26.12.2019 17:12 Uhr

"Ist das Heim noch bezahlbar, Herr Reinke?"

Schlagzeilen 2019: Steigende Pflegekosten bringen Heimbewohner um ihr Ersparthes. Das geht so nicht, sagt der Chef der Awo Oberlausitz - und hat einen Plan.



Dirk Reinke ist Geschäftsführer der Awo Oberlausitz. Er sagt: Für die Finanzierung der stationären Pflege wird dringend eine andere Lösung gebraucht. © Rafael Sampedro/foto-sampedro.de

Von Jana Ulbrich

4 Min. Lesedauer

Es ist die Kostenexplosion des Jahres: Die Bundesregierung beschließt ein neues Pflegestärkungsgesetz, das jetzt mehr Personal ermöglicht und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte in den Heimen verlangt. Die Bewohner müssen das bezahlen. Deren monatliche Renten aber reichen dafür größtenteils nicht mehr aus. "Das geht so nicht", sagt Dirk Reinke, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in der Oberlausitz - und ergreift die Initiative.

Herr Reinke, ist denn ein Platz im Pflegeheim überhaupt noch bezahlbar?

Diese Frage muss man in der Tat stellen. Die Entwicklung der Tarife und der Personalschlüssel in der stationären Pflege, die durch den Gesetzgeber gewollt ist, hat 2019 zu einer regelrechten Kostenexplosion bei den Zuzahlungen geführt. Die Renten liegen bei uns im Durchschnitt bei 1.170 Euro. Ein Pflegeheimplatz kostet inzwischen bis zu 1.800 Euro und teilweise sogar schon mehr.

Das kann die Bundesregierung mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz doch nicht gewollt haben?

Das ist aber die Folge. Natürlich ist es erst einmal gut und richtig, dass der Pflegeberuf durch eine bessere Bezahlung aufgewertet wird und sich die personellen Bedingungen in den Heimen verbessern. Das Problem ist aber, dass die Pflegekassen ihren Anteil an der Finanzierung schon vor Jahren gedeckelt haben und deshalb nun jede Steigerung allein auf dem Rücken der Bewohner lastet. Bei uns in den Heimen der Awo Oberlausitz sind wir 2019 bei einem monatlichen Eigenanteil von rund 1.600 Euro angekommen, ab Januar 2020 werden es durchschnittlich 1.800 Euro sein - und das ist der Personal- und Tarifentwicklung geschuldet. Ein durchschnittlicher Rentenbezieher kann das aus eigenem Einkommen nicht mehr bezahlen.

Aber das geht doch nicht!

Eben. Bei der Entwicklung, wie wir sie jetzt haben, werden die Pflegebedürftigen um ihre Ersparnisse gebracht, immer mehr von ihnen werden dann zwangsläufig sogar zu Sozialhilfeempfängern - und das, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet und in die Systeme eingezahlt haben. Das ist dramatisch und den Pflegebedürftigen gegenüber unwürdig. Es verunsichert die Angehörigen. Und obendrein werden ja auch die kommunalen Haushalte, die die Sozialhilfe bezahlen müssen, immer mehr belastet. Das kann politisch nicht gewollt sein.

Deswegen haben Sie zum Jahresanfang 2019 eine Petition an den Bundestag gestartet?

Ja. Carsten Seitz, unser Fachbereichsleiter Altenhilfe, kam zu mir und sagte: Wir müssen hier unbedingt etwas machen. Aber was? Das Gesetz ist ja vom Bundestag beschlossen worden und kann, wenn überhaupt, auch nur vom Bundestag wieder geändert werden. Eine Möglichkeit, den Gesetzgeber zu zwingen, das zu tun, ist eine Petition. Wir haben uns mit dem Vorschlag zuerst an unseren Landesverband gewandt und der wiederum an den Bundesvorstand. So ist die Aktion ins Rollen gekommen.

Was genau steht in der Petition?

Wir wollen erreichen, dass der Eigenanteil bei stationärer Pflege begrenzt wird. Die Pflegeversicherung muss das finanzielle Risiko für die Menschen verlässlich absichern, wenn sie pflegebedürftig werden. Der Eigenanteil muss in der Höhe begrenzt werden und über die gesamte Dauer der stationären Pflege auch verlässlich abgesichert sein. Steigende Kosten müssen dann aus den Mitteln der Pflegeversicherung bezahlt werden. Das soll der Bundestag so beschließen.

Wie weit sind Sie denn gekommen? Bisher war das doch im Bundestag noch kein Thema?

Wir sind sehr weit gekommen, aber noch nicht weit genug. Unser Antrag hat die erste Hürde genommen. Er ist vom Petitionsausschuss des Bundestages angenommen worden. Wir haben dafür 50.000 Unterstützer-Unterschriften gebraucht, hatten am Ende sogar über 74.000. Das bedeutet, der Bundestag wird sich damit beschäftigen müssen.

Aber wann? Inzwischen ist ein ganzes Jahr vergangen?

Es stimmt, die Mühlen der Politik mahlen viel zu langsam. Inzwischen gibt es parallel zu unserer Petition auch zwei ähnlich lautende Anträge an den Bundesrat aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Und es liegt jetzt meines Wissens ein Antrag der FDP-Fraktion im Bundestag vor. Der wird vorrangig vor einer Petition behandelt. Unsere liegt also erst einmal auf Eis.

Die Pflegebedürftigen brauchen doch aber dringend eine Lösung.

Ja. Im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz wird beispielsweise über ein Pflegewohngeld diskutiert. Das wäre gut. Aber auch das ist bisher leider nicht mehr als eine Willensbekundung.

Was raten Sie denn den betroffenen Heimbewohnern?

Das ist schwierig zu sagen. Die Bewohner haben keine anderen Alternativen, als zu bezahlen. Wir als gemeinnütziges und nicht gewinnorientiertes Unternehmen haben in unserer Kalkulation aber auch keine Wahl, das will ich hier ganz klar sagen. Als Betreiber sind wir gezwungen, die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen, müssen und wollen wir den Tarifsteigerungen folgen - gerade vor dem

Hintergrund der immer schwieriger werdenden Arbeitskräftesituation. Vielleicht hilft es, wenn der öffentliche Druck auf die Bundesregierung nicht nachlässt. Da sind wir als Awo Oberlausitz auch weiter dabei.

[Mehr Nachrichten aus Löbau und Umland lesen Sie hier.](#)

[Mehr Nachrichten aus Zittau und Umland lesen Sie hier.](#)

[Mehr Nachrichten aus Görlitz und Umland lesen Sie hier.](#)

[Mehr Nachrichten aus Niesky und Umland lesen Sie hier.](#)